Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

tier ärzte wonsees

NEWSLETTER

11.09.2021

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

Borchert: Druck auf Tierhalter wird nicht nachlassen, 06.09.2021

Der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert hat erneut für die Vorschläge des von ihm geleiteten Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung geworben. Die von nahezu allen politischen Parteien und Nichtregierungsorganisationen einhellig begrüßten Änderungen sollten in der neuen Legislaturperiode vorangetrieben und im neuen Koalitionsvertrag verbindlich verankert werden, forderte Borchert am Montag vergangener Woche (30.8) auf einer Vortragsveranstaltung im Vorfeld der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Rind und Schwein (BRS) in Neumünster.
„Der Druck auf die Tierhalter wird nicht sinken“, stellte der Ex-Minister klar. Bei Lösungen müsse die Politik vorangehen. Wenn eine Gesellschaft mehr Tierwohl über dem gesetzlichen Standard fordere, dafür aber nicht bezahlen wolle, sei ein starker Ausbau der zielorientierten staatlichen Förderpolitik erforderlich, so Borchert. Andernfalls provoziere man einen weiteren starken Strukturwandel. […]

Gießener Agrarökonom Prof. Michael Schmitz gegen Abbau der Tierproduktion: […] Der Marktexperte sprach sich für „eine ehrlichere Modellierung der Folgen eines Umbaus der Tierhaltung auf Basis geeigneterer Prognosemodelle“ aus. Zudem äußerte der Agrarökonom Skepsis gegenüber der Forderung, den Verbrauch und die Produktion tierischer Erzeugnisse hierzulande aufgrund vermeintlicher Gesundheits-, Umwelt- und Ressourcenvorteile deutlich zu verringern. Eine transparente Abwägung von Kosten und Nutzen sowie die Berücksichtigung von Leakage- und Reboundeffekten eines solchen Schrittes seien dringend geboten. Schmitz machte zugleich deutlich, dass sich Deutschland als Gunstregion intensiver an der Welternährung beteiligen müsse und durch Extensivierung keine Treibhausgasemissionen in Drittländer verlagert werden dürften. […]

Positive Erzeugererfahrung: Über seine positiven Erfahrungen auf dem Weg zu mehr Tierwohl berichtete bei der Tagung Schweinehalter Jörg Struve. Er habe sich beim Bau eines Tierwohlstalls der Haltungsstufe III an den Forderungen des Beirats des Bundeslandwirtschaftsministeriums orientiert, der bereits 2015 „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ skizziert habe.
Die mehr auf das Tierwohl ausgerichtete Produktion habe ihm Vermarktungswege mit deutlichen Mehrerlösen ermöglicht, berichtete Struve. Diesen Weg wolle er weitergehen, wünsche sich dabei aber Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit und den Erhalt des Standorts garantierten. […]

Quelle: proplanta.de

Ausstiegsprogramm gefordert, 07.09.2021

Eine Ausstiegsförderung für Deutschlands Schweinehalter hat der Unternehmensberater Klaus-Martin Fischer von Ebner Stolz gefordert. Die Rahmenbedingungen für die Betriebe seien aktuell sehr schwierig, erklärte Fischer am vergangenen Donnerstag in einem gemeinsamen Vortrag mit seinem Kollegen Christoph Havermann bei einem Netzwerkforum des Agrar- und Ernährungsforums Oldenburger Münsterland (AEF) in Essen. Eines der Kernprobleme sei das Auftreten der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland, durch das der Export zusammengebrochen und die Schweinefleischpreise abgestürzt seien. Ein Ende der Entwicklung sei nicht in Sicht, betonte Fischer und prognostizierte für Ende September weiteren Druck auf die Schweinepreise. Vorwürfe, der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) sei für den Preisrutsch verantwortlich, bezeichnete Fischer als unbegründet. Die Einkaufspreise des Handels hätten sich recht konstant gehalten. Vielmehr habe die Schlachtindustrie die Auszahlungspreise herabgesetzt, um eigene, durch den Exportstopp verursachte Verluste auszugleichen. Zugleich warnte der Unternehmensberater vor höheren Schweinefleischpreisen hierzulande. Diese würden spanische Lieferanten anlocken, die ihrerseits Absatzprobleme hätten.
Als weitere Herausforderungen der heimischen Betriebe identifizierten Fischer und Havermann die hohen Futterpreise, die regulatorischen Vorgaben zum Beispiel bei der Düngung sowie politische Vorhaben auf nationaler und europäischer Ebene, wie etwa den Green Deal. Hinzu kämen die Ankündigungen des LEH zur Listung von Fleisch mit hoher Haltungsstufe. […]

Quelle: susonline.de, AgE

Einheitliche Tierwohl-Kennzeichnung in der EU verlangt, 07.09.2021

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und die Heinrich-Böll-Stiftung verlangen in ihrem aktuellen «Fleischatlas 2021» ein einheitliches Logo für Tierwohlprodukte, um diese attraktiver zu machen. Beim Thema Tierwohllogos zeige sich ein Flickenteppich in der Europäischen Union und in Deutschland müssten Kunden weiter auf ein staatliches Logo für Fleisch und Wurst aus besserer Tierhaltung warten, heißt es im Bericht.
Im knapp 80 Seiten langen Bericht drängten unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und die Heinrich-Böll-Stiftung auf eine einheitliche Tierwohl-Kennzeichnung in der EU, um Kaufentscheidungen zu erleichtern, berichtet die Schweizer Nachrichtenagentur Keystone-sda. Mehr Transparenz beim Kauf wäre ein Vorteil, zudem könnten sich Anbieter so besser vermarkten, heißt es weiter.
Gute Beispiele gäbe es aber bereits: So könne man laut den Verfassern des «Fleischatlas» viel von der EU-weiten Kennzeichnung für Eier nach Haltungsform lernen. Dieses Label habe bereits gezeigt, dass entsprechende Zeichen das Verbraucherverhalten in vielen Ländern beeinflussen können. Darüber hinaus skizzierten die beiden Organisationen mögliche Wege, die Tierhaltung und den Fleischkonsum in Europa grundlegend zu verändern. Für die Zukunft forderten die Umweltschutzorganisationen, die hinter dem «Fleischatlas» stehen, dass Risiken und Schäden entlang der Wertschöpfungskette besser identifiziert werden sollen, heißt es im Bericht der Nachrichtenagentur weiter.

Quelle: lid.ch

Tönnies verlässt Russland, 07.09.2021

Das ist ein Paukenschlag für die Schweineproduktion in Russland: Der deutsche Fleischkonzern Tönnies verkauft seine russische Niederlassung APK Don zum Jahreswechsel an den Wettbewerber Charoen Pokphand Foods. Der global agierende Fleischriese CP Foods mit Stammsitz in Thailand ist mit einer jährlichen Schweinefleischproduktion von 129.000 t der neuntgrößte Schweinebetrieb Russlands. Die noch zu Tönnies gehörende AKP Don ist mit einer Jahresproduktion von 112.700 t Schweinefleisch die Nummer 11 in Russland. [...]
Zu den Beweggründen für den Verkauf gibt es nur Spekulationen. Ein Aspekt dürften die fehlenden Expansionsmöglichkeiten sein. So hatte Tönnies lange geplant, eine vertikal integrierte Schweinefleischproduktionsholding in Russland aufzubauen. So wollte AKP Don neben der Schweineproduktion auch einen Schlacht- und Fleischbetrieb für jährlich mehr als 2 Mio. Schweine errichten. Die Pläne wurden jedoch nie realisiert. Auf der anderen Seite baut CP Foods seine Präsenz auf dem russischen Markt aus und könnte nach Abschluss der Übernahme sogar zu einem der fünf größten Schweinefleischproduzenten Russlands aufsteigen.

Quelle: susonline.de

Koordinationszentrale Handel-Landwirtschaft gegründet, 08.09.2021

Für eine bessere Zusammenarbeit in der Lebensmittelkette hat sich am Mittwoch der Verein „Zentrale Koordination Handel-Landwirtschaft“ (ZKHL) gegründet. Er will eine neue Gesprächs- und Vermittlungsplattform für die schwierigen Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Lebensmitteleinzelhandel (LEH) liefern. Die ZKHL versteht sich als Forum für diejenigen, die eine wirksame Verbesserung in der Zusammenarbeit der Lebensmittelkette anstreben, heißt es in einer ersten Erklärung des Vereins. Ziel sei, dass gemeinsam erzielte Effizienzgewinne und höhere Wertschöpfung allen Marktbeteiligten zugutekommen. Für die Landwirtschaft soll die Zentrale einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftssicherung leisten, heißt es weiter.
Initiatoren sind der Deutsche Bauernverband (DBV), der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) und der Handelsverband Deutschland (HDE). Zu den weiteren Gründungsmitgliedern zählen fünf weitere Verbände und Organisationen: Der Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels, die Bundesvereinigung der Erzeugerorganisationen Obst und Gemüse, die Handelsvereinigung für Marktwirtschaft, der Verein information.medien.agrar und das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Agrarwirtschaft.

Offen für den Agrardialog: „Die ZKHL ist offen für die Mitgliedschaft weiterer Organisationen aus der Agrar- und Ernährungswirtschaft“, erklärt Dr. Hermann-Josef Nienhoff, Geschäftsführer der Koordinationszentrale und langjähriger QS-Geschäftsführer. Die Integration des Agrardialogs sei vorgesehen. Für die ZKHL stehen die Bereiche im Vordergrund, die Landwirte, Verarbeiter und Lebensmittelhandel gemeinsam verantworten und auf die sie Einfluss nehmen können. Die Koordinationszentrale, die ihre Aktivitäten über einen Vorstand, einen Steuerungskreis und die Mitgliederversammlung organisiert, hat sich vier Ziele gesetzt:

- Die Installation einer Dialogplattform für konfliktträchtige Themen.
- Die Festlegung von Handlungsoptionen bei der Standardsetzung in der Lebensmittelkette.
- Die Erarbeitung eines Lebensmittelkodex für die Zusammenarbeit in der Kette.
- Die Schaffung einer neutralen Schlichtungsstelle.

Verständigung in aktueller Situation alternativlos: „In der aktuellen Situation ist eine Verbesserung der Verständigung in der Lebensmittelkette auf wirtschaftlicher Ebene alternativlos“, sagte Nienhoff . „Alle Gründungsmitglieder sind sich bewusst, dass wir keine schnellen Lösungen erwarten dürfen. Wir sind aber sicher, dass die ZKHL eine echte Chance für alle ist. Nur gemeinsam werden wir uns im internationalen und europäischen Wettbewerb behaupten“, so Nienhoff weiter.

Quelle: topagrar.com

Verpflichtender Tierwohl-Beitrag soll Borchert-Plan finanzieren, 10.09.2021

Mehr Tierwohl zu fordern ist leicht. Um die Finanzierung aber wird gestritten, seit Jahren. Jetzt haben CDU-Agrarpolitiker ein Konzept ausgearbeitet: Sie wollen die Empfehlungen der sogenannten Borchert-Kommission mit einem verpflichtenden Tierwohl-Beitrag finanzieren. [...]
Nun haben die CDU-Agrarpolitiker Silvia Breher, Gitta Connemann, Johannes Röring und Albert Stegemann ein Konzept erarbeitet, wie sich der geschätzte Finanzbedarf von 3 Mrd. bis 4 Mrd. Euro jährlich über einen Zeitraum von zwanzig Jahren auftreiben lassen soll – und das sowohl rechtskonform als auch verlässlich für die tierhaltenden Landwirte. Denn die Tierhalter sind es schließlich, die das Geld in ihre Ställe investieren müssen und das Kapital damit langfristig riskieren.

Einheitliche Tierwohl-Abgabe auf alle tierischen Produkte – auch aus dem Ausland: Das Finanzierungskonzept mit dem Titel „Tierwohl-Ruck“, das agrarheute vorliegt, sieht vor, dass der Gesetzgeber jährlich einen Tierwohl-Beitrag festlegt. Diesen Betrag soll jeder, der tierische Produkte in den Verkehr bringt, in einen privaten Tierwohl-Fonds einzahlen müssen. Betroffen wären also vor allem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) und Gastronomie. Der Betrag würde einheitlich je Tierart auf alle tierischen Produkte wie Fleisch, Milch und Eier aber auch verarbeitete Produkte erhoben, jeweils bezogen auf die Absatzmenge. Auch Importware würde einbezogen.
Allerdings sollen Handel, Fleischer und Restaurants den Tierwohl-Beitrag nicht auf den Verbraucher umlegen müssen. In der Preisgestaltung blieben sie frei. Das ist der Knackpunkt. Denn diese Konstruktion würde mehrere verfassungs- und EU-rechtliche Klippen umschiffen, wie ein Rechtsgutachten der Bonner Kanzlei Redeker ergab.

Voraussetzungen für eine rechtskonforme Tierwohl-Finanzierung:
Das Gutachten, das agrarheute ebenfalls vorliegt, war vom Bundlandwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben worden, als absehbar wurde, dass die im Borchert-Papier diskutierten Finanzierungsmodelle entweder mit dem Grundgesetz oder dem EU-Beihilfenrecht in Konflikt geraten könnten oder politisch gescheut werden (Stichwort: „Steuererhöhung“). Das Rechtsgutachten wurde Ende Mai abgeschlossen, rund drei Monate, nachdem Bundesagrarministerin Julia Klöckner die Machbarkeitsstudie zur Umsetzung der Borchert-Empfehlungen vorgelegt hatte. Nach Auffassung der Rechtsexperten wäre es mit der Finanzverfassung, dem Grundgesetz und dem EU-Recht vereinbar, wenn der Bund die Letztverkäufer von tierischen Produkten verpflichtet, eine Tierwohl-Umlage in einen privaten Tierwohl-Fonds einzuzahlen. Entscheidend für die Rechtssicherheit wären drei Aspekte:

1. eine möglichst „staatsferne“ Umsetzung, sprich privatwirtschaftliche Organisation, wie zum Beispiel über die Initiative Tierwohl (ITW),
2. keine Verpflichtung, den gesetzlich vorgeschriebenen Tierwohl-Beitrag auf die Verbraucher umzulegen und
3. keine Abnahmepflicht für tierwohlgerecht hergestellte Erzeugnisse.

Tierhalter bekommen einen Rechtsanspruch auf die Tierwohl-Prämie:

Aus dem Tierwohl-Fonds sollen nach dem Konzept der CDU-Agrarpolitiker jene Landwirte, die freiwillig an Tierwohl-Programmen teilnehmen, eine Prämie erhalten. Deren Höhe hängt vom erreichten Tierwohl-Niveau ab. Entscheidend ist, dass die Tierhalter bei diesem Modell gegenüber dem Fonds einen privatrechtlich gesicherten Auszahlungsanspruch erhalten. Das soll ihnen die notwendige Planungssicherheit geben. Damit würden bisherige Kritikpunkte an der ITW ausgeräumt, nämlich dass nur ein Teil des LEH in den Fonds einzahlt und vor allem, dass die Erzeuger zwar in Tierwohl investieren, aber nicht sicher sein können, dass sie ihre Schweine zu einem höheren Preis verkaufen können, wenn der Absatz stockt.

Nachteil: Juristische Restrisiken bleiben und ein Bürokratiemonster entsteht:

Ganz ohne Haken ist das Modell der Unions-Agrarpolitiker allerdings nicht. In ihrem Rechtsgutachten warnen die Bonner Anwälte vor Restrisiken durch teilweise unterschiedliche Rechtsauffassungen der Gerichte bei der Beurteilung von Umlagen und Abgaben. Auch die Vereinbarkeit des Tierwohl-Fonds mit dem EU-Recht ist kein Selbstläufer: Hier werde es zentral auf die Ausgestaltung im Detail ankommen, so die Gutachter.

Ein weiterer Kritikpunkt: Die Gelder einzutreiben und zu verwalten dürfte nach Einschätzung der Juristen mehr als 1.000 Mitarbeiter erfordern. Denn allein in der Gastronomie wären 230.000 Betriebe umlagepflichtig. Hinzu kämen 65.000 Betriebe des Lebensmitteleinzelhandels und 15.000 Großhändler, die in den Fonds einzahlen müssten. Zugleich müsste die Auszahlung an tausende Tierhalter koordiniert werden.

Der Vorteil der breiten Basis wäre allerdings, der Tierwohl-Beitrag könnte relativ niedrig ausfallen, weil die gesetzliche Beitragspflicht Trittbrettfahrer ausschließt. Umgesetzt werden kann das Konzept aber frühestens im nächsten Jahr, wenn eine neue Regierungskoalition die Arbeit aufgenommen hat.

Quelle: agrarheute.com

Marktbericht

Schweinepreise im freien Fall: China blockiert Importe aus Europa, 10.09.2021

Allein im August ging es am chinesischen Terminmarkt in Dalian mit den Schweinpreisen um 30 Prozent nach unten – auf umgerechnet nur noch 1,71 Euro je kg Lebendgewicht. Seit Mai haben sich die Preise mehr als halbiert. Die Folge: China versucht nun die Importe zu bremsen – denn offensichtlich ist genug billiges Schweinfleisch am Markt.
Mit Abstand größer europäischer Lieferant ist Spanien - nach dem ASP-bedingten Exportverbot für Deutschland. China hat nun in den letzten Monaten sieben Produktionsstätten in Spanien die Ausfuhrlizenzen für Schweinefleisch entzogen. Das erklärt auch den hohen zusätzlichen Preisdruck auf den deutschen Markt. Die für den Entzug der Lizenzen genannten Gründe sind vielfältig und konzentrieren sich vordergründig auf formale Fehler bei notwenigen Papieren oder auf falsche Online-Audits.

Die chinesische Regierung will nach Aussagen der spanischen Schweinefleischindustrie ihre Abhängigkeit von Schweinefleisch aus dem Ausland schrittweise reduzieren. Währenddessen stocken die Chinesen ihren Schweinebestand weiter auf und versuchen die Selbstversorgung auszuweiten. Diese Strategie wird durch zusätzliche Kontrollen und Behinderungen der Exporte aus Spanien und anderen Ländern der Europäischen Union unterstützt. „Der europäische Schweinefleischmarkt ist von Exporten insbesondere nach China abhängig, daher spiegeln sich die fallende chinesische Preise auch in Europa wider“, sagte ein europäischer Fleischexporteur.

Spanien treffen die Probleme im Export schwer, denn das Land hat den Schweinebestand und die Produktion zuletzt kräftig ausgeweitet. Nun drückt das nicht exportierte Fleisch auf den europäischen und insbesondere auch den deutschen Markt. Es wird geschätzt, dass Spanien seine Schweineherde im Jahr 2020 um 5 Prozent (1,43 Millionen Tiere) vergrößert hat, angetrieben von der chinesischen Nachfrage. Die Sauenzahlen blieben jedoch Berichten zufolge unverändert, sodass die Produktion im Jahr 2021 voraussichtlich ein geringeres Wachstum aufweisen wird.
Im Jahr 2020 exportierte Spanien 2,78 Millionen Tonnen Schweinefleisch (einschließlich Innereien), ein Plus von 23 Prozent gegenüber 2019. Der überwältigende Treiber dieses Wachstums wie bei den gesamten EU-Exporten war China. Im Jahr 2020 überholten die spanischen Exporte in Nicht-EU-Länder zudem erstmals die in die EU und machten 62 Prozent der gesamten Schweinefleischlieferungen Spaniens (oder 1,72 Millionen Tonnen) aus. Die Ausfuhren nach China überstiegen im Jahresverlauf zudem die in die EU insgesamt versandte Menge. Das starke Exportwachstum nach China ging offenbar auch zu Lasten der Lieferungen in andere asiatische Märkte wie Japan, Südkorea und die Philippinen.

Quelle: agrarheute.com

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 20,00 EUR

(13.09.21 – 19.09.21)

Vorwoche: 20,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 1,25 EUR

(08.09.2021)

Vorwoche: 1,25 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.